



Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
Proseminar BMIB
Neue Entwicklungen und Herausforderungen in der internationalen Politik
Dozent: Dr. Kai Hirschmann
Sommersemester 2016

**Die Türkei vor und nach dem Putschversuch vom
15. Juli 2016 unter besonderer Berücksichtigung
der Auswirkungen auf die Beziehungen zur
Europäischen Union**

von

Sebastian Rostek

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Einleitung	1
2. Das politische System der Türkei	4
3. „System Erdogan“? Das Handeln der AKP bis zum Putschversuch	6
4. Konsequenzen und Folgewirkungen hinsichtlich der Beziehungen zur Europäischen Union	12
4.1. Auswirkungen auf den möglichen EU-Beitritt	13
4.2. Auswirkungen auf das Flüchtlingsabkommen	17
5. Schlussbetrachtung	23
6. Literaturverzeichnis	25

1. Einleitung

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten“¹.

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 fand in der Türkei ein Putschversuch von Teilen des Militärs statt, der jedoch schnell niedergeschlagen werden konnte.² In der Folge der Niederschlagung ordneten Staatspräsident Erdogan und die türkische Regierung, die die sogenannte Gülen-Bewegung³ als Urheber ausmachten, „Säuberungen“ an. Diese drückten sich in Form von Festnahmen von Militärs und anderen, denen Beteiligung am Putschversuch vorgeworfen wurde und Entlassungswellen, etwa im Justizapparat, dem Hochschulwesen und der öffentlichen Verwaltung, aus.⁴ Ferner war eine Einschränkung demokratischer Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit zu verzeichnen.⁵ Des Weiteren wurde sowohl von Staatspräsident Erdogan als auch der Regierung die Einführung der Todesstrafe angedroht.⁶ Die türkische Regierung hat infolge des Putschversuches ferner den Notstand nach Art. 119 und 120 der türkischen Verfassung und des Notstandsgesetzes von 1983 ausgerufen.⁷ Schon vor den Maßnahmen nach dem Putschversuch sahen Beobachter wie der

¹ Recep Tayyip Erdogan 1998 auf einer Wahlkampfveranstaltung, auf der er den türkischen Nationalisten Ziya Gökalp zitierte, zit. nach: Sen, Faruk: Recep Tayyip Erdogan: Der Islamist als Modernisierer, in: Welt online, 19. November 2011, in: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article6068757/Recep-Tayyip-Erdogan-Der-Islamist-als-Modernisierer.html>, abgerufen am 26.09. 2016.

² Zum genauen Ablauf vgl. Hermann, Rainer: Das Drama einer Nacht. Der Putschversuch in der Türkei war lange vorbereitet: Warum er trotzdem gescheitert ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. August 2016, S.10.

³ Zur Gülen-Bewegung vgl. Seufert, Günter, Die Gülen-Bewegung in der Türkei und Deutschland, in: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184979/guelen-bewegung>, 01. September 2014, abgerufen am 26.09.2016.

⁴ Vgl. Weise, Zia: Erdogans ziviler Putsch, in: Zeit online, 20. Juli 2016, in: <http://pdf.zeit.de/politik/ausland/2016-07/tuerkei-militaerputsch-erdogan-demokratie.pdf>, S.1-2, abgerufen am 26.09.2016.

⁵ Vgl. Popp, Maximilian: Besuch im Morgengrauen, in: Der Spiegel Nr. 32, 06. August 2016, S. 86-87, S 86.

⁶ Vgl. statt vieler Weise, a.a.O., S.2.

⁷ Vgl. Auswärtiges Amt - Reise- und Sicherheitshinweise - Türkei, in: <https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/TuerkeiSicherheit.html>, abgerufen am 26.09. 2016.

deutsche Bundestagspräsident Norbert Lammert bei Staatspräsident Erdogan „autoritäre Ambitionen“⁸ oder die Türkei, noch zugespitzter, gar „auf dem Weg zum failed state“⁹ ¹⁰. Unstrittig ist, dass die Türkei eine Schlüsselstellung zwischen Europa und dem Nahen und Mittleren Osten innehat.¹¹ Insofern stellen sich aus Sicht der Europäischen Union (im Weiteren: EU) folgende Fragen: Welche Konsequenzen und Folgewirkungen ergeben sich hieraus für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei, vor allem mit Blick auf einen etwaigen EU-Beitritt der Türkei und, aus aktueller Sicht, auf das von beiden Seiten geschlossene Flüchtlingsabkommen? Wurden durch die Reaktionen auf den Putschversuch nur bereits bestehende autoritäre Tendenzen im politischen Leben der Türkei gefestigt? Die Beantwortung dieser Fragen ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Die Kernthese der Arbeit lautet: Trotz schon vor dem Putschversuch bestehenden und nach diesem verfestigten autoritären Tendenzen im politischen System der Türkei, ist ein Abbruch der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nicht erkennbar. Die Fragestellung ist von großer Relevanz, da vielfältige Verbindungen zwischen der EU und der Türkei bestehen und überdies eine besondere geopolitische Brisanz der Türkei als Scharnier zur EU festzustellen ist. Insofern soll das politische System vor und nach dem Putschversuch mit besonderem Blick auf die Beziehungen zur EU dargelegt werden. Andere erkennbare Folgewirkungen, etwa die innertürkischen, die deutsch-türkischen oder etwaige Folgewirkungen in Bezug auf die Verlässlichkeit der Türkei als NATO-Partner, sollen hier nicht untersucht werden, da dies den Rahmen sprengen würde. Auch der Putsch an sich soll nur als wichtige Wegmarke dienen und selbst nicht weitergehend untersucht werden. Um dem Gegenstand der Arbeit näher zu kommen, soll im zweiten Kapitel Grundlegendes

⁸ Zit. nach Roßmann, Robert/ Szymanski, Mike: Lammert nennt türkischen Präsident Erdogan „autokratisch“, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Mai 2016, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-staatsoberhaupt-lammert-nennt-tuerkischen-praesidenten-erdoan-autokratisch-1.2997931>, abgerufen am 26.09.2016.

⁹ Copur, Burak: Auf dem Weg zum failed state, in: Zeit online, 03. November 2015, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-failed-state>, S.1, abgerufen am 26.09. 2016.

¹⁰ Zu den Typen von Staatlichkeit und den Merkmalen von failed states vgl. Hirschmann, Kai: Wie Staaten schwach werden. Fragilität von Staaten als internationale Herausforderung, Bonn 2016, S.23-27.

¹¹ Vgl. statt vieler Rühl, Lothar: Das Ende des Kalten Krieges, in: Meier-Walser, Reinhard/ Wolf, Alexander (Hrsg.): Neue Dimensionen Internationaler Sicherheitspolitik, München 2011, S.28f.

zum gegenwärtig in der Türkei bestehenden politischen System dargelegt werden. Im dritten Kapitel wird ein spezieller Blick auf das Regierungshandeln der AKP, sowie der in diesem Zusammenhang zentralen Figur, Recep Tayyip Erdogan, geworfen, um den Verlauf von politischen Maßnahmen und Zielen von 2002 bis zum Putschversuch im Juli 2016 nachzuzeichnen. Sodann werden im vierten Kapitel die bisher erkennbaren Konsequenzen und Folgewirkungen nach den Reaktionen auf den Putschversuch hinsichtlich der Beziehungen zur EU beleuchtet. Im Abschlusskapitel wird die These verifiziert oder falsifiziert.

Es liegt in der Natur der Sache, dass bezüglich der Beziehungen zur EU nach dem Putschversuch der Meinungsstand aufgrund der Aktualität der Ereignisse im Fluss ist und hier auf aktuelle Tages- und Wochen- sowie Internetmedien zurückgegriffen werden muss. Als zeitliche Begrenzung für die Aufnahme von Entwicklungen für diese Arbeit ist Ende August 2016 beziehungsweise Anfang September 2016 gesetzt. Mit Blick auf das politische Leben und das politische System in der Türkei gibt der Länderbericht Türkei, herausgegeben von Udo Steinbach¹², einen umfassenden historischen, politischen und gesellschaftlichen Überblick. Ferner geben Heinz Kramer¹³ und Christian Johannes Henrich¹⁴ einen vertieften Einblick zum politischen System der Türkei und dem Handeln der regierenden AKP. In kritischerer Perspektive liefern dies auch in vielfältigen Aufsätzen Burak Copur¹⁵ und Mahir Tokatli¹⁶. Günter Seufert¹⁷ schließlich befasst

¹² Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012.

¹³ Kramer, Heinz: Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen, in: Informationen zur politischen Bildung Türkei, Nr. 313/2011, S.11-25.; ders.: Die politische Praxis: Institutionen und Verfahren, in: Informationen zur politischen Bildung Türkei, Nr. 313/2011, S.26-39.

¹⁴ Henrich, Christian Johannes: Das politische System der Türkei, 11. August 2014, [http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184968/das-politische-system-der-tuerkei.](http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184968/das-politische-system-der-tuerkei;); ders.: Die türkische Außenpolitik, 11. Juli 2015, <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/208099/aussenpolitik>.

¹⁵ Copur, Burak, a.a.O.(Fn.9).

¹⁶ Tokatli, Mahir: Präsidentschaftswahlkampf 2014 in der Türkei: Mehr Kampf als Wahl, 06.August 2014, http://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2014/08/060814regierungsforschung.de_tokatli_präsidentschaftswahlkampf_tuerkei_2014.pdf, abgerufen am 26.09.2016.; ders.: Schmutziges Geschäft. Die Türkei als europäischer Türsteher. Das verletzt unsere Werte, <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/schmutziges-geschaeft-1226/>, abgerufen am 26.09.2016.

¹⁷ Seufert, Günter: Erdogans „Neue Türkei“. Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie, in: SWP-Aktuell 60/Okttober 2014, Berlin 2014, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A60_srt.pdf, S.1-8., ders.: Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise. Ankaras Probleme und Interessen, in: SWP-Aktuell 98/Dezember 2015, Berlin 2015, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A98_srt.pdf, S.1-8.

sich neben Aspekten des politischen Systems auch intensiv mit türkisch-europäischen Perspektiven.

2. Das politische System der Türkei

Das politische System der Türkei und die Verfassung, auf dem es aufbaut, können als Ergebnis politischer Konfliktlagen beschrieben werden.¹⁸ Die bisherigen Verfassungen der türkischen Republik entstanden 1924, 1961 und 1982 in der Folge von Militärputschen.¹⁹ Die aktuelle Verfassung der Türkei ist die durch die damalige Militärregierung ausgearbeitete und vom türkischen Volk in einem Referendum angenommene Verfassung von 1982, an der freilich bislang einige Modifizierungen in Form von Verfassungsänderungen vorgenommen wurden.²⁰ Nach dem Verfassungstext handelt es sich bei dem politischen System der Türkei um eine repräsentative parlamentarische Demokratie, die auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruht.²¹ Die Exekutive wird durch die Regierung, die Legislative kann sowohl durch die Regierung im Wege von Dekreten, als auch im Regelfall durch das Parlament ausgeübt werden. Jedenfalls formal ist ferner die Justiz unabhängig.²² Die tatsächliche Umsetzung von Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz steht jedoch zum Teil in Zweifel. So werden etwaige Mängel hieran mit einem tief verankerten autoritären Staatsverständnis der Militärverfassung von 1982 und der politischen Kultur begründet.²³ Andererseits gehen einige Beobachter auch davon aus, die Türkei sei der einzige muslimische Staat mit pluralistischer und säkularer Demokratie und einem Rechtssystem, dessen Strukturen und Inhalte kontinentaleuropäischen Mustern entsprechen.²⁴

Für die Arbeit wesentlich ist die Betrachtung zweier Akteure im politischen System: die spezielle Stellung des Militärs, sowie im Besonderen die Position des

¹⁸ Vgl. Kramer, Heinz: Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen, a.a.O., S.22-25.

¹⁹ Vgl. ebda.

²⁰ Vgl. Henrich: Das politische System, a.a.O.

²¹ Vgl. Jung, Dietrich: Das politische Leben: Institutionen, Organisationen und politische Kultur, in: Steinbach, Udo(Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S.86-120, S.94.

²² Vgl. Kramer, Heinz: Die politische Praxis, a.a.O., S. 26.

²³ Vgl. Jung, Dietrich, a.a.O., S.94f.

²⁴ Vgl. Rumpf, Christian: Verfassung und Recht, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S.121-150, S. 121.

Staatspräsidenten, seit 2014 ausgefüllt durch Recep Tayyip Erdogan. Bei der Beschäftigung mit dem politischen System der Türkei fällt die exponierte Stellung des Militärs auf, die auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema zum Ausdruck kommt.²⁵ So habe das Militär traditionell eine politische Wächter-, Veto- und Garantiefunktion²⁶, obwohl es formal den gewählten politischen Institutionen untergeordnet ist.²⁷ Zur Verteidigung der kemalistischen Prinzipien²⁸ sieht sich das Militär dazu berufen, diese Werte auch gegen den Willen der Regierung zu verteidigen.²⁹ Dies wurde auch im Zuge des Putschversuches vom 15. Juni 2016 deutlich.

Ferner ist für das weitere Verständnis ein Blick auf die Position des Staatspräsidenten im Verfassungsgefüge erforderlich: Der Staatspräsident ist das protokollarische Staatsoberhaupt; er repräsentiert die Türkei nach außen und steht für die Einheit der türkischen Nation.³⁰ Neben diesen repräsentativen Kompetenzen stehen dem Präsidenten eine Reihe von weitreichenden Veto- und Ernennungskompetenzen zu, etwa das Vetorecht bei Gesetzen, die Übernahme des Vorsitzes des Ministerrates (entspricht dem Bundeskabinett in Deutschland³¹) oder die Ernennung von Mitgliedern des Verfassungsgerichts.³² So stellt die Verfassung dem Präsidenten faktisch Rechte aus allen drei Gewalten zur Verfügung³³. Ferner ist der Präsident quasi unabsetzbar, jedenfalls nicht aus politischen Gründen. Einzig bei dem Nachweis des Landesverrats kann der Staatspräsident von drei Vierteln der gesamten Nationalversammlung seines Amtes enthoben werden.³⁴ Vergleichend mit anderen parlamentarischen Systemen ist festzustellen, dass die Stellung des Staatsoberhauptes nicht primär auf eine zeremoniell-notarielle Amtsausübung beschränkt ist. Eine solche

²⁵ Vgl. etwa Alpay, Sahin: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009) 39-40, S. 9-14. Kramer, Die politische Praxis, a.a.O., S. 35-37., Straßner, Alexander, Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert: Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich, Wiesbaden 2013, S. 115-129.

²⁶ Vgl. Straßner, Alexander, a.a.O., S.115.

²⁷ Vgl. Jung, Dietrich, a.a.O., S. 88.

²⁸ Zur Übersicht über die kemalistischen Prinzipien vgl. Straßner, Alexander, a.a.O., S.115f.

²⁹ Vgl. Jung, Dietrich, a.a.O., S.88.

³⁰ Vgl. Heinrich, Christian Johannes, Das politische System, a.a.O.

³¹ Vgl. ebda.

³² Vgl. Tokatli, Mahir, Präsidentschaftswahlkampf 2014 a.a.O., S.3f.

³³ Vgl. ebda., S.6.

³⁴ Vgl. ebda.

verhältnismäßig starke Stellung des Präsidenten auch und vor allem in den exekutiven Bereich hinein sei vom verfassungsgebenden Militär 1982 bewusst kodifiziert worden.³⁵

3. „System Erdogan“? Das Handeln der AKP bis zum Putschversuch

Von besonderer Bedeutung für das Verständnis des gegenwärtigen politischen Lebens in der Türkei ist eine Analyse der Regierungspartei AKP, deren Regierungshandeln von 2002 bis zum Putschversuch im Juli 2016 sowie ein vertiefter Blick auf wichtige politische Wegmarken und Ziele des ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan.

Bei der AKP handelt es sich um ein Bündnis aus überwiegend religiös-konservativen sowie religiös-nationalen Gruppen, ergänzt durch bürgerlich-liberale Einsprengsel.³⁶ Unstrittig ist, dass sich die AKP zur alles dominierenden Kraft im politischen System der Türkei entwickelt hat.³⁷ Es ist festzustellen, dass die Türkei sich unter der AKP politisch so stark veränderte wie seit Atatürk nicht mehr.³⁸ So wurden von insgesamt zehn Verfassungsänderungsgesetzen seit 1982 acht von der AKP ins Parlament gebracht.³⁹ Bei ihrer ersten Parlamentswahl 2002 konnte sie sogleich eine Alleinregierung unter Ministerpräsident Gül (ab März 2003 Erdogan) stellen. Bei den Wahlen 2007 konnte die AKP ihre Mehrheit ausbauen, die Wahlen von 2011 stabilisierten das nunmehr etablierte Parteiensystem der Türkei mit der alleinregierenden AKP.⁴⁰ 2014 wurde Recep Tayyip Erdogan, erstmals direkt vom Volk, bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt.⁴¹ Einen Rückschlag musste die AKP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 hinnehmen, sie verlor ihre absolute Mehrheit⁴², ein Umstand, der bei Zweifeln an der

³⁵ Vgl. ebda. S.3.

³⁶ Vgl. Kramer, Heinz, Die politische Praxis, a.a.O., S. 29f..

³⁷ Vgl. Jung, Dietrich, a.a.O., S. 86.

³⁸ Vgl. Henrich, Christian Johannes, Das politische System, a.a.O.

³⁹ Vgl. ebda.

⁴⁰ Vgl. Kramer, Heinz, Die politische Praxis, a.a.O., S.28f.

⁴¹ Vgl. Henrich, Christian Johannes, Das politische System, a.a.O., zum Verfahren, warum und wie die Direktwahl des Präsidenten eingeführt wurde vgl. Tokatli, Mahir, Präsidentschaftswahlkampf 2014, a.a.O., S.2f.

⁴² zur Analyse der Wahl vgl. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/11452.pdf>

demokratischen Gesinnung der Regierung Erdogan als „demokratischer Etappensieg“⁴³ beurteilt wurde. Die absolute Mehrheit konnte die AKP jedoch, für viele Beobachter überraschend⁴⁴, nach gescheiterter Regierungsbildung bei den Neuwahlen im November desselben Jahres zurückerobern.⁴⁵

Obwohl die AKP 2001 als Abspaltung aus dem Lager des politischen Islams entstand⁴⁶, war und ist ihre Einordnung umstritten, dies vor allem hinsichtlich ihrer politisch-religiösen Zielsetzung. Es wird mithin in der Literatur hinterfragt, ob die AKP als islamistisch oder islamisch-religiös einzustufen ist.⁴⁷ Die AKP selbst, namentlich ihre Mitbegründer Erdogan sowie der spätere erste AKP-Ministerpräsident Abdullah Gül, proklamierten von Anfang an, dass es sich bei der AKP primär um eine konservative Mitte-Rechts-Partei handele, die ein breites Wähler-und Interessenspektrum ansprechen wolle und mithin eine „Volkspartei“ sei.⁴⁸ Sie spricht in diesem Zusammenhang von islamisch-konservativen und neoliberalen Wertvorstellungen und vergleicht dies insoweit mit dem Konservatismus der CDU in Deutschland.⁴⁹ Sie vertrete das Bild einer „konservativen Demokratie“⁵⁰. Dies wird teilweise auch in der deutschen Wissenschaft insoweit bejaht, als dass die AKP jedenfalls nicht als islamistische Partei eingestuft wird⁵¹. Zwar habe sich die AKP stärker als andere Parteien für religiöse Belange eingesetzt, es gehe ihr aber in erster Linie um eine florierende Wirtschaft und mithin um Wählerstimmen.⁵² Mit Blick auf die Wahlerfolge und die Wählerbasis, etwa am Beispiel der Parlamentswahlen 2011, wird konstatiert,

⁴³ Krüger, Karen/ Esser, Anna: Bosphorus reloaded. Die Türkei im Umbruch, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2016, S.13.

⁴⁴ Vgl. Regierungspartei AKP gewinnt absolute Mehrheit zurück, in: Zeit online, 1. November 2015, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/tuerkei-wahl-akp-recep-tayyip-erdogan-tendenz>, abgerufen am 26.09.2016.

⁴⁵ Vgl. AKP holt sich absolute Mehrheit zurück, 01. November 2015, in: <https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-wahl-133.html>, abgerufen am 26.09.2016.

⁴⁶ Vgl. Kramer, Heinz, Die politische Praxis, a.a.O., S. 29f.

⁴⁷ Vgl. Schönbohm, Wulf Eberhard: Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamistisch oder islamisch-demokratisch?, 19. Februar 2003, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.1497/>, abgerufen am 26.09.2016.

⁴⁸ Vgl. ebda.

⁴⁹ Vgl. Mudhoon, Loay: Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S.27-32, S.30.

⁵⁰ Ebda.

⁵¹ Vgl. Kramer, Heinz: Die politische Praxis, a.a.O., S.29.

⁵² Vgl. Seeling, Luisa: Die türkische AKP, in: Internationale Politik-IP, November/Dezember 2011, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/november-dezember/die-t%C3%BCrkische-akp>, abgerufen am 26.09.2016.

dass die AKP deshalb tatsächlich als konservative Volkspartei bezeichnet werden könne, weil sie etwa auch die Stimmen vieler nicht religiös eingestellter Türken habe gewinnen können.⁵³ Außerdem erschien die Distanzierung der Partei von islamistischen Wurzeln insoweit glaubhaft, als dass die Partei auch attraktiv für Mitglieder aus anderen politischen Spektren, von links bis konservativ, geworden sei.⁵⁴ Derlei Einschätzungen begegnen gleichwohl Zweifeln: Kritiker vermuten eine geheime Agenda zur schrittweisen Islamisierung der Türkei nach iranischem Vorbild.⁵⁵ Sie beziehen sich hierbei auf das oben in der Einleitung dargelegte Zitat Erdogans von einem Wahlkampfauftritt im Jahre 1998.

Zum vertieften Verständnis der Entwicklung des politischen Systems bis zum Putschversuch im Juli 2016 lohnt ein Blick auf das konkrete Regierungshandeln der AKP-Regierungen, dies vor allem orientiert an dem Handeln und den Zielen von Recep Tayyip Erdogan. In der westlichen Öffentlichkeit und Wissenschaft wird bisweilen mit Blick auf den AKP-Mitbegründer vom „System Erdogan“⁵⁶ oder von der gegenwärtigen Generation als „Generation Erdogan“⁵⁷ gesprochen. Besonders die Reformen in den Anfangsjahren der AKP-Regierungen werden, auch und vor allem im Westen, in dem er bisweilen als „demokratischer Reformier“⁵⁸ bezeichnet wurde, positiv herausgehoben. So sei der Demokratisierungsprozess im Zuge der EU-Beitrittsgespräche in der Türkei in den Anfangsjahren kontinuierlich vorangetrieben worden, ein Prozess, der bisweilen gar als historisch eingeschätzt wird.⁵⁹ Zu nennen ist hier etwa die Einschränkung der Rechte und die verstärkte Kontrolle des in der Türkei als politischer Akteur auftretenden Militärs⁶⁰, sowie der Anstoß eines

⁵³ Vgl. Jung, Dietrich, a.a.O., S.116f.

⁵⁴ Vgl. Seufert Günter: Im Spannungsfeld von Laizismus und Islamismus, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, S.207-228, S.224.

⁵⁵ Vgl. Krüger/Esser, a.a.O., S. 18.

⁵⁶ Türkische Autoren leben in einem „Klima der Angst“, in: http://www.deutschlandradiokultur.de/das-system-erdogan-tuerkische-autoren-leben-in-einem-klima.1270.de.html?dram:article_id=356792, 10. Juni 2016, abgerufen am 26.09.2016.

⁵⁷ Akyol, Cigdem: Generation Erdogan. Die Türkei- Ein zerrissenes Land im 21. Jahrhundert, Wien 2015.

⁵⁸ Tokatli, Mahir, Präsidentschaftswahlkampf 2014, a.a.O., S.3.

⁵⁹ Vgl. Soyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S.3-8, S. 3-5.

⁶⁰ Vgl. Alpay, Sahin, a.a.O., S .9-14.

Friedensprozesses mit den Kurden und der Öffnung des Landes in Bezug auf die Religionsfreiheit.⁶¹ Positiven Anklang in Europa fand ferner eine Verfassungsreform von 2010, wonach etwa die Möglichkeit der Individualrechtsbeschwerde beim Verfassungsgericht geschaffen wurde.⁶² Die AKP erhielt hierbei internationale Unterstützung, vor allem von der EU und den USA.⁶³ Zudem war auch lange eine enorme wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen: Mit fast zweistelligen Wachstumsraten etwa in den Jahren 2011/2012 rangierte die Türkei nur knapp hinter China.⁶⁴

Die anfängliche Euphorie hinsichtlich der Reformen zu Beginn der AKP-Regierungszeit verflog rasch und eine kritischere Beleuchtung der Politik der AKP fand Einzug: So besteht die Vermutung, die Annäherung an Europa sei von der AKP-Regierung dazu genutzt worden, die eigene Machtbasis auszubauen, namentlich durch Schwächung des mehrheitlich laizistisch eingestellten Militärs. So sei ein Veto-Akteur im politischen System auf demokratischem Wege vereinnahmt worden.⁶⁵ Ferner habe es spätestens mit Beginn der zweiten Legislaturperiode der AKP 2007 und der Präsidentschaft Abdullah Güls eine Vereinnahmung des Amtes des Staatspräsidenten durch die AKP-Regierung gegeben.⁶⁶ Seither sei die Türkei „nicht mehr auf dem Pfad der Demokratisierung, sondern auf dem Weg in Richtung Autokratie“⁶⁷. Es finden sich einige Stimmen, die bei der zweiten Amtszeit Erdogans als Ministerpräsident (2007-2011) ansetzend, in Zweifel ziehen, ob die AKP seither überhaupt noch an einer fortgesetzten Demokratisierungsdynamik interessiert sei. Dies wird begründet mit zunehmend europaskeptischen Stimmen aus dem AKP-Lager⁶⁸ und dem seither erkennbar zurückgegangenen Reformeifer.⁶⁹ Es bestehe also in und außerhalb der Türkei die Befürchtung, die AKP habe die Reformen nur

⁶¹ Vgl. Krüger, Karen/Esser, Anna, a.a.O., S.18f.

⁶² Vgl. Henrich, Christian Johannes, Das politische System, a.a.O.

⁶³ Vgl. Soyler, Mehtap, a.a.O., S.4.

⁶⁴ Vgl. Uslucan, Haci-Halil: Gehorsam aus Angst, in: Zeit online, in: <http://pdf.zeit.de/politik/ausland/2016-07/versuchter-putsch-tuerkei-erdogan-saeuberung-autokratie.pdf>, S.2, abgerufen am 27.09.2016.

⁶⁵ Vgl. Tokatli, Mahir, Schmutziges Geschäft, a.a.O.

⁶⁶ Vgl. ebda.

⁶⁷ Ebda.

⁶⁸ Vgl. Ermagan, Ismail: EU-Skeptizismus in der türkischen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S.15-20, S.16-18.

⁶⁹ Vgl. Jung, Dietrich, a.a.O., S. 117f.

vordergründig mit Blick auf einen etwaigen EU-Beitritt gemacht.⁷⁰ Zuvor sei man aus machtpolitischen Gründen auf die Rückendeckung der EU angewiesen gewesen, je fester die AKP und Erdogan aber im Sattel säßen, desto eher sei dies obsolet geworden.⁷¹ Als Grund für diese Änderung des nunmehr auch häufig in westlichen Medien als „aufbrausenden, autoritären Erdogan“⁷² wird der Wechsel seines Vertrauten Gül in das Präsidentenamt aufgefasst, da dieser von seinen Vetokompetenzen keinen Gebrauch machte und somit mit Erdogan ein harmonisches Exekutivtandem bildete.⁷³ Umgekehrt sei dies auch der Grund für Erdogans vorherige, verhältnismäßig zurückhaltende, Amtsführung, da er nicht ein entsprechendes Tandem mit Präsident Sezer (bis 2007) bildete.⁷⁴ Zunehmend war die AKP-Regierung unter Premier Erdogan der Kritik ausgesetzt, man betreibe einen „Kulturkampf von oben“⁷⁵. Schon weit vor den Maßnahmen nach dem Putschversuch 2016 wird ein verstärkt konservativ-religiöser Kurs der AKP herausgearbeitet.⁷⁶ Es wird bisweilen angeführt, dass diese Stimmung in der Gesellschaft schon Mitte der 1990er-Jahre begonnen habe und Erdogan sodann diese Tendenzen aufgenommen und hernach noch ausgebaut habe.⁷⁷ Als Beispiel für den Umgang mit gesellschaftlichem Protest wird vielfach das Verhalten gegenüber den Gezi-Park-Demonstrationen herangezogen. Es wird vertreten, dass es sich hierbei vordergründig um den Protest gegen ein Bauvorhaben gehandelt habe, es aber auch Ausdruck generellen gesellschaftlichen Protestes gewesen sei, gegen das jedoch brutal vorgegangen worden sei.⁷⁸ So sei der Gezi-Park ein „Sinnbild für die Bevormundung durch die Regierung Erdogan“⁷⁹ geworden. Es habe sich eine „wahre Hexenjagd“ auf Protestierende und kritische Medienvertreter

⁷⁰ Vgl. Henrich, Johannes Christian, Das politische System, a.a.O.

⁷¹ Vgl. Seeling, Luisa, a.a.O.

⁷² Tokatli Mahir, Präsidentschaftswahlkampf 2014, S.3.

⁷³ Vgl. ebda., S.3f.

⁷⁴ Vgl. ebda.

⁷⁵ Aydin, Yasar: Protest und Opposition in der Türkei- Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, in: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei>, 18. Juni 2013, abgerufen am 27.09.2016.

⁷⁶ Vgl. Uslucan, Haci-Halil, a.a.O., S.2.

⁷⁷ Vgl. ebda.

⁷⁸ Vgl. ebda, a.a.O., S.1.

⁷⁹ Krüger, Karen/ Esser, Anna, a.a.O., S.17.

angeschlossen.⁸⁰ Aufkeimende Hoffnungen auf eine sich demokratisierende Türkei seien zudem seither durch willkürliche Entlassungen von Staatsanwälten und Polizisten im Zuge eines Korruptionsskandales im Umfeld der Regierung verpufft.⁸¹ All dies mache eine neue Interpretation der Politik der islamisch-konservativen AKP notwendig.⁸² So sei schon in den Jahren vor dem Putschversuch die Presse- und Medienfreiheit Stück für Stück eingeschränkt worden.⁸³ In dem Kontext eingeschränkter Freiheitsrechte wird auch das neue Sicherheitsgesetz vom April 2015 gesehen, das unter anderem das Demonstrationsrecht extrem verschärft.⁸⁴ Eine wesentliche Wegmarke ist ferner die Präsidentschaft Erdogans ab 2014. Es wird weithin übereinstimmend vertreten, dass Erdogan ein Präsidialsystem einführen⁸⁵, mithin eine „neue Türkei“⁸⁶ errichten will. Kritiker bewerten Erdogans Bestreben als „stillen Putsch“⁸⁷. Sie spitzen zu, Erdogan brauche gar keine Verfassungsänderung hin zu einem Präsidialsystem, er habe bereits ohnehin die Kontrolle über Medien, Justiz und Sicherheitsapparate erlangt und somit das Regierungssystem der Türkei in seinem Sinne im Stillen geändert.⁸⁸ Ob dies noch innerhalb des Rahmens der bestehenden Verfassung geschah oder gegen die Regeln der Verfassung ist überdies umstritten.⁸⁹ Insofern ist eine Änderung der Bewertung des Regierungshandelns der AKP im Laufe der Jahre erkennbar. Wurde der AKP in den Anfangsjahren, teilweise sogar noch bis 2011, wohlwollend zu Gute gehalten, sie habe, wenn auch nicht fehlerlos, die Türkei besser als vorherige Regierungsparteien aus der Zwickmühle zwischen Islamismus und Laizismus geführt, indem sie etwa Rechte Andersdenker wahren würde⁹⁰, kommt der gleiche Wissenschaftler drei Jahre später zu dem überwiegend geteilten Befund,

⁸⁰ Vgl. ebda., S.24.

⁸¹ Vgl. Henrich, Christian Johannes, Das politische System, a.a.O.

⁸² Vgl. ebda.

⁸³ Vgl. Popp, Maximilian, a.a.O., S.87.

⁸⁴ Vgl. Krüger, Karen/ Esser Anna, a.a.O., S. 25.

⁸⁵ Vgl. statt vieler Copur, Burak: Erdogans Umbaupläne, in: Zeit online, in: <http://pdf.zeit.de/politik/ausland/2014-08/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-zukunft.pdf>, S.1f., abgerufen am 27.09.2016.

⁸⁶ Ebda.

⁸⁷ Copur, Burak: Auf dem Weg zum failed state, a.a.O., S.1.

⁸⁸ Vgl. Copur, Burak: Auf dem Weg zum failed state, a.a.O., S.1.

⁸⁹ Vgl. ebda.

⁹⁰ Vgl. Seufert, Günter: Im Spannungsfeld, a.a.O., S.226.

die Türkei bewege sich in Richtung Autokratie mit der verfestigten Herrschaft Erdogans, sowie dem Ausschalten von demokratischen Institutionen wie etwa dem kodifizierten Recht und der Verfassung.⁹¹ Dies kann als beispielhaft für den Verlauf der Rezeption der AKP-Regierungszeit von 2002 bis zum Putschversuch am 15. Juli 2016 gesehen werden: Ein Wandel von gewisser Euphorie und Anerkennung zu Beginn bis hin zu Ablehnung aufgrund von Nichteinhaltung westlicher demokratischer Standards. Kritik und Zweifel an der türkischen Regierung waren also in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft auch schon vor dem 15. Juli nicht fremd, sie baute sich mithin auch in den Jahren vor dem Putschversuch immer stärker auf.

4. Konsequenzen und Folgewirkungen des Putschversuches hinsichtlich der Beziehungen zur Europäischen Union

Die Türkei und Europa und mithin die Europäische Union (im Folgenden: EU) verbindet mehr als die geographische Nähe. Vielfach wurde in diesem Zusammenhang schon von der Türkei als „Brücke zwischen der christlichen und der islamischen Welt“⁹² gesprochen. Die aktuelle politische Debatte der letzten Monate bestimmt vor allem das Abkommen der Europäischen Union mit der Türkei zur Rückübernahme von illegal in die EU einreisenden Flüchtlingen, vielfach Flüchtlingsdeal genannt. In längerfristiger Sicht ist auch die Debatte um einen möglichen EU-Betritt der Türkei Gegenstand politischer, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Debatte. Beide Themenfelder sind eng mit den gegenwärtigen Entwicklungen verbunden, insofern ist eine Betrachtung möglicher Folgewirkungen der „Säuberungen“ Erdogans zur Beantwortung der Fragestellung der vorliegenden Arbeit unerlässlich. Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlamentes, fasst die Problemstellung wie folgt zusammen: „Welche Konsequenzen muss die Europäische Union daraus (den Reaktionen auf den Putsch, der Verf.) für den Umgang mit Ankara ziehen? Was wird aus der

⁹¹ Vgl. Seufert, Günter: Erdoğan's „Neue Türkei“, a.a.O., S.8.

⁹² Henrichs, Christian Johannes, Die türkische Außenpolitik, a.a.O.

Visaliberalisierung, den Beitrittsverhandlungen und dem Flüchtlingsabkommen?“.⁹³ Auch grundsätzliche Interessen der Akteure sind hierbei in den Blick zu nehmen. So werden auch bereits vor dem Putschversuch identifizierte Problem- und Interessenlagen relevant.

4.1. Auswirkungen auf den möglichen EU-Beitritt

Nach der offiziellen Verleihung des Kandidatenstatus 1999 und der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU 2005 gab es zum Teil positive, zum Teil negative Rezeption in Europa⁹⁴, eine kontroverse innertürkische Debatte⁹⁵, sowie eine mitunter euphorische Einordnung einiger demokratischer Reformschritte⁹⁶ zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien⁹⁷. Bereits vor dem Putschversuch befanden sich die Beitrittsverhandlungen in einer Sackgasse.⁹⁸

Vor dem Hintergrund der Reaktion des türkischen Staates auf den Putschversuch stellt sich die Frage der Beitrittsperspektive stärker denn je. „Sollte die Türkei die Todesstrafe wieder einführen, würde sie die EU-Beitrittsverhandlungen abwürgen.“⁹⁹ So deutlich reagierte der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn auf Erwägungen der türkischen Regierung die Todesstrafe als Reaktion auf den versuchten Putsch wieder einzuführen. Fraglich ist nunmehr, welche Folgen dies hätte und wie sich die Interessenlage beider Partner, sowohl der EU als auch der Türkei, darstellt.

⁹³ Brok, Elmar: Die EU ist nicht abhängig von der Türkei, in: FAZ online, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/fluechtlingsdeal-mit-der-tuerkei-die-eu-ist-nicht-abhaengig-von-der-tuerkei-14367312.html>, 02. August 2016, abgerufen am 27.09.2016.

⁹⁴Vgl. Kramer, Heinz: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, in: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S34_03_gesch_tzt.pdf, in: SWP-Studie, August 2003. S.1-34, S.8f.

⁹⁵ Vgl. Dietert, Amke: Die Beitrittsdebatte in der Türkei, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): in: Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S. 464-475.

⁹⁶Vgl. Gündüz, Zuhâl Yesilyurt: Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung in der Türkei, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_5398-544-1-30.pdf?041011144021, S. 43, abgerufen am 27.09.2016.

⁹⁷ zum Begriff und zum Sinn und Zweck der Kopenhagener Kriterien vgl. Böttger, Katrin: Erweiterung, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z, Lizenzausgabe für die politische Bildung, Bonn 2014, S.164-174, S.167.

⁹⁸ Vgl. Kramer, Heinz: Zwischen Tradition und Neuorientierung: die Außenpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung Türkei,313/ 2011, S.51-61, S.61.

⁹⁹ Asselborn, Jean in: ZDF Morgenmagazin, in: <http://www.heute.de/nach-putschversuch-in-tuerkei-regierung-will-rache-44436588.html>, abgerufen am 27.09.2016.

Es wird ins Felde geführt, dass ein Stopp der Beitrittsverhandlungen den letzten Anreiz für demokratische Reformen nehmen würde¹⁰⁰. Hiergegen können freilich die jüngsten Entwicklungen, welche bereits vor dem Putschversuch einsetzen¹⁰¹, angeführt werden. Der Beitritt sei vonseiten der Türkei ohnehin nicht mehr gewollt. Als Grund wird eine jahrzehntelange empfundene oder tatsächliche Zurückweisung durch die EU, mithin eine „un glaubliche Türkei politik der EU“¹⁰², identifiziert.¹⁰³ In der Literatur wird eine Entfremdung der Türkei von der EU im Laufe der AKP-Regierungszeit ausgemacht, dies vor allem in kulturalistischer Hinsicht. Dies beinhaltet eine Fundamentalkritik am Westen und dessen gesellschaftlichen Wirklichkeiten.¹⁰⁴ Vielmehr werde ein Fokus auf den Nahen Osten gelegt, die Türkei wolle hier verstärkt die Rolle der Regionalmacht ausüben, sie sei die einzige Macht, die hierzu wirtschaftlich und militärisch in der Lage sei.¹⁰⁵ Hierin wird überwiegend eine Tendenz zum Neo-Osmanismus¹⁰⁶ ausgemacht, also dem Denken in Einflussphären des Osmanischen Reiches.¹⁰⁷ Dieser Linie folgend wurde, im Übrigen schon vor dem 15. Juli 2016, aus den Reihen der AKP die Wichtigkeit der EU für die türkischen Außenbeziehungen negiert und Europa ein bewusstes „Kleinhaltenwollen“ der Türkei unterstellt.¹⁰⁸ Aktuell wird zunehmend kritisch hinterfragt, ob noch ein ernsthaftes Interesse Erdogans an einem EU-Beitritt besteht, da in diesem Falle der Rahmen des europäischen Rechts beachtet werden müsste und somit etwa

¹⁰⁰ Vgl. Klingst, Martin/Lau, Jörg/Ulrich, Bernd: Erdogan, der Retter?, in: Die Zeit, 11. August 2016, S.3.

¹⁰¹ S.o. unter Kapitel 3 „System Erdogan?“.

¹⁰² Copur, Burak: Die Türkei im Nahen Osten- vom Rising Star zum Troublemaker, in: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/221617/die-tuerkei-im-nahen-osten-vom-rising-star-zum-troublemaker>, 22. Februar 2016, abgerufen am 27.09.2016.

¹⁰³ Vgl. Henrich, Christian Johannes, Die türkische Außenpolitik, a.a.O.

¹⁰⁴ Vgl. Aydin, Yasar: Die Türkei vor einer Richtungsentscheidung. Orientiert sich Ankara erneut nach Europa und dem Westen?, in: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/221595/die-tuerkei-vor-einer-richtungsentscheidung>, 22. Februar 2016, abgerufen am 27.09.2016.

¹⁰⁵ Vgl. Henrichs, Christian Johannes, Die türkische Außenpolitik, a.a.O.

¹⁰⁶ Vgl. statt vieler Aydin, Yasar: Richtungsentscheidung, a.a.O.

¹⁰⁷ Für einen kompakten geschichtlichen Überblick über das Osmanische Reich Vgl. Steinbach, Udo: Vom Osmanischen Reich zum EU-Kandidaten: ein historischer Bogen, in: ders. (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S.14-83, S.15-19.

¹⁰⁸ Vgl. Erdogan-Berater Yigit Bulut im Interview mit der türkischen Zeitung „Star“, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/debatte-ueber-eu-beitritt-erdogan-berater-wir-brauchen-europa-nicht-mehr-12887520.html>, abgerufen am 27.09.2016.

Einschränkungen für die von Erdogan intendierte Präsidialverfassung bestehen würden.¹⁰⁹

Zweifel bestehen also an den Interessen der Türkei an einem EU-Beitritt. Dies galt und gilt auch gespiegelt für die andere Verhandlungsseite. In der Literatur wurde bereits kurz nach Aufnahme der offiziellen Beitrittsverhandlungen ein Mangel des Wollens Europas hinsichtlich der Aufnahme der Türkei konzipiert.¹¹⁰ Im Zuge dessen wurde aber auch die Wichtigkeit der Türkei für die Stabilität und Sicherheit Europas identifiziert.¹¹¹ Bereits Mitte der 2000er Jahre wurden die wesentlichen Themen der Gegenwart, auch und vor allem die Flüchtlingsbewegung aus dem Nahen und Mittleren Osten als Folge von Kriegen, aufgegriffen.¹¹² Hieraus wurde die Notwendigkeit eines EU-Beitritts der Türkei zum Zwecke einer möglichst engen Verzahnung der Zusammenarbeit gefolgert, es bestünde geradezu eine „Angewiesenheit“¹¹³ der EU gegenüber der Türkei und mithin eines Beitrittes des Landes zur EU. Diese Argumentation begegnete und begegnet freilich Kritik dergestalt, der Zustand des Nahen und Mittleren Ostens als Krisenherd spräche zwar für die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit, dies jedoch nicht in Form einer EU-Vollmitgliedschaft. Mit Blick auf das Nichterfüllen der Kopenhagener Kriterien wird von anderen Wissenschaftlern zwar keine Vollmitgliedschaft gefordert, jedoch das Versäumnis seitens der EU dargelegt, die Türkei neben den Beitrittsverhandlungen stärker einzubinden, etwa im Rahmen einer enger abgestimmten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.¹¹⁴

Neben Aspekten der reinen Notwendigkeit spielen vor allem auch moralische Erwägungen im Zusammenhang mit der Fortführung der Beitrittsgespräche eine Rolle. Darf die EU Gespräche mit einem Land fortführen, in dem das Staatsoberhaupt vielfach bezichtigt wird eine Autokratie errichten zu wollen? So

¹⁰⁹ Vgl. Ackeren van, Margarete u.a.: Was passiert, wenn der Flüchtlingsdeal platzt?, in: Focus, 32/2016, S.22-26, S.25.

¹¹⁰ Vgl. Münkler, Herfried: Die Türkei und Europa. Eine geopolitische Herausforderung, in: König, Helmut/ Sicking, Manfred (Hrsg.): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005, S.81-101, S. 81-85.

¹¹¹ Vgl. ebda., S. 83-85.

¹¹² Vgl. ebda., S. 84.

¹¹³ Ebda., S. 83.

¹¹⁴ Vgl. Seufert, Günter: Erdogans „Neue Türkei“, a.a.O.,S.8.

bezeichnete der neu gewählte österreichische Bundeskanzler Christian Kern die Verhandlung bezüglich eines EU-Beitrittes der Türkei als „diplomatische Fiktion“¹¹⁵, da die demokratischen Standards bei Weitem nicht ausreichen würden. Hieraus folgte er, die Gespräche müssten abgebrochen werden.¹¹⁶ Gegen die Ansicht Kerns wenden sich unter anderem Medien¹¹⁷ und türkische Oppositionelle¹¹⁸. Strittig ist hierbei nicht, dass die Türkei auf Sicht keine Beitrittsperspektive hat¹¹⁹, oder noch zugespitzter, dass „eine Türkei Erdoganscher Prägung nie Mitglied der EU sein wird.“¹²⁰. Vielmehr wird der Fokus auf das Aufrechterhalten des Gesprächsfadens und der Möglichkeit der Einflussnahme im Rahmen der Beitrittsgespräche gelegt. Dies läge in vielerlei Hinsicht im europäischen Interesse. Durch die Beitrittsverhandlungen könne die EU jedenfalls noch in einem begrenzten Rahmen Einfluss auf die künftige Gestaltung nehmen. Konkret in Bezug auf die Reaktion des türkischen Staates nach dem Putsch könne so etwa die juristische Aufarbeitung eher beobachtet werden als bei komplettem Abbruch der Verhandlungen.¹²¹ Ferner wird die Meinung vertreten, Kritiker am Fortführen der Beitrittsgespräche würden den eigentlichen Charakter des Beitrittsprozesses verkennen. Diese seien namentlich das effektivste Mittel um auf die Innen- und Reformpolitik einzuwirken.¹²² Dies deckt sich insoweit auch mit Meinungen türkischer Oppositioneller, die allzu harsche Erdogan-Kritik deswegen als nicht hilfreich erachten, da infolgedessen die Reaktion des türkischen Staates umso heftiger und der Einfluss der EU umso schwächer werden würde.¹²³

Die Zukunft der Beitrittsverhandlungen ist nach dem Putschversuch und der Reaktion der türkischen Regierung ungewisser denn je. Dies liegt neben den oben identifizierten demokratischen Defiziten auch an der jedenfalls in Zweifel

¹¹⁵ Bundeskanzler Christian Kern im Interview mit ZIB 2 vom 04. August 2016, in: <https://www.youtube.com/watch?v=MEyPyTE8Kmk>, abgerufen am 28. September 2016.

¹¹⁶ Vgl. Klingst, Martin/ Lau, Jörg/ Ulrich, Bernd, a.a.O., S.3.

¹¹⁷ Vgl. statt einiger ebda.

¹¹⁸ Vgl. Knaup, Horand u.a.: Zeichen der Schwäche, in: Der Spiegel 32/ 06. August 2016, S.26f.

¹¹⁹ Vgl. statt vieler: Gabriel, Sigmar in: ARD Sommerinterview vom 07 August 2016, in: https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab-3717~_bab-sendung-309.html

¹²⁰ Brock, Elmar, a.a.O.

¹²¹ Vgl. Martens, Michael: Endlich kommt mal einer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04. August 2016, S.2.

¹²² Vgl. Seufert, Günter: Die Türkei als Partner der EU, a.a.O., S.7f.

¹²³ Vgl. Knaup, Horand u.a., a.a.O.

stehenden Motivation beider Seiten die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Wurde in der Literatur bereits vor dem Putsch eine Stagnation des Beitrittsprozesses seit Mitte der 2000er Jahre festgestellt, die sich negativ auf das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei ausgewirkt hätte¹²⁴, so ist es nicht fernliegend davon auszugehen, dass sich diese Entfremdung nach dem Putsch weiter fortsetzt. Die oben dargelegten bisher erkennbaren Folgewirkungen, vor allem die völlige Erlahmung und Rücknahme türkischer Demokratieprozesse, erscheinen insofern zumindest als ein realistisches Szenario.

4.2. Auswirkungen auf das Flüchtlingsabkommen

Unter dem Eindruck steigender Flüchtlingszahlen in die EU, vor allen Dingen über die Ägäis aus der Türkei nach Griechenland¹²⁵, wurde am 18.03.2016 ein insgesamt neun Punkte umfassendes Abkommen zwischen der EU und der Türkei geschlossen. Für die vorliegende Fragestellung wesentlich sind hierbei folgende Vereinbarungen: Die Türkei verpflichtet sich alle nach dem 20. März illegal auf den griechischen Inseln strandenden Migranten zurückzunehmen. Für jeden nach diesem Prozedere zurückgenommenen Syrer soll ein Syrer legal aus Flüchtlingslagern in der Türkei in die EU geholt werden. Zudem soll die Türkei Maßnahmen zur Sicherung seiner Seegrenze zur EU unternehmen. Die EU verpflichtet sich zu einer Zahlung von insgesamt sechs Milliarden Euro an humanitäre Organisationen, die sich um die Flüchtlingslager in der Türkei kümmern. Laut Abkommen sollten türkische Staatsbürger ferner bis Ende Juli volle Visa-Freiheit in der EU genießen, sofern die Türkei „all the necessary steps to fulfil the remaining requirements“¹²⁶ unternimmt.¹²⁷ Hierunter sind innerstaatliche Reformen zu verstehen, namentlich soll die Anti-Terror-

¹²⁴ Vgl. Böttger, Katrin, a.a.O., S. 172f.

¹²⁵ nach Angaben des UNHCR waren es 2015 über eine Millionen Flüchtlinge, die über den Seeweg in die EU kamen; über 80000 davon über die Ägäis nach Griechenland, vgl. <http://www.unhcr.org/5683d0b56.html>, abgerufen am 28.09.2016.

¹²⁶ Aus dem Abkommen der EU mit der Türkei, in.; abgerufen am 28.09.2016.

¹²⁷ Zu den Punkten des Abkommens vgl. ebda.

Gesetzgebung mit EU-Recht in Einklang gebracht werden.¹²⁸ Des Weiteren enthalten ist die Absichtserklärung beider Seiten die nächsten Kapitel des EU-Beitrittsverfahrens zu eröffnen.¹²⁹ Sinn und Zweck des häufig als „Flüchtlingsdeal“ bezeichneten Abkommens vom 18. März ist also die Bekämpfung der illegalen Migration und des damit verbunden Schlepperwesens sowie die Reduzierung der Flüchtlingszahlen in die EU durch die Schaffung von geregelten Verfahren sowie der Verbesserung der Bedingungen der Lager in der Türkei. In der gegenwärtigen Betrachtung wird festgestellt, dass die Türkei sich jedenfalls insoweit an die Abmachung hält, dass sie die illegal eingereisten Flüchtlinge zurücknimmt.¹³⁰

Das Flüchtlingsabkommen war schon vor dem gescheiterten Putschversuch aufgrund von verschiedenen Motivationslagen (einige europäische Staaten, Menschenrechtsorganisationen, eine türkeikritische europäische Öffentlichkeit, türkische Intellektuelle) umstritten¹³¹, die „Säuberungen“ nach dem 15. Juli haben die Debatte über die Notwendigkeit weiter verschärft. Von Seiten der EU und der deutschen Bundesregierung wurde die praktische Unmöglichkeit des Schutzes der EU-Außengrenzen postuliert und hieraus die Notwendigkeit des Abkommens gefolgert. So führte Angela Merkel aus: „Europa kann seine Außengrenze nicht allein schützen, wenn wir nicht auch ein Abkommen mit der Türkei schließen.“¹³², begegnete und begegnet das Abkommen auch Kritik. So formulierte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz man brauche keinen Deal mit der Türkei, vielmehr sei ein gemeinsamer Schutz der gemeinsamen Außengrenzen durch die EU-Länder angezeigt.¹³³ Er spitzt in diesem Zusammenhang zu: „Wenn wir [die EU; Anm. d. Verf.] die notwendigen Maßnahmen einleiten, braucht es keinen Plan B, also keinen Deal mit der Türkei“¹³⁴. Hier werden die grundsätzlichen Bedenken einiger europäischer Länder gegenüber dem

¹²⁸ Vgl. Knaup, Horand u.a., a.a.O, S.27.

¹²⁹ Vgl. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-963_de.htm, abgerufen am 28.09.2016.

¹³⁰ Vgl. statt vieler Knaup, Horand u.a., a.a.O. 26f.

¹³¹ Vgl. Seufert, Günter: Die Türkei als Partner, a.a.O., S.1.

¹³² Zit. nach: Fischer, Sebastian/ Kazim, Hasnain: Hilfst du mir, so helf ich dir, 18. Oktober 2015, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-merkel-reist-in-tuerkei-zu-erdogan-davutoglu-a-1058387.html>, abgerufen am 28.09.2016.

¹³³ Vgl. Interview mit Sebastian Kurz „Wir brauchen keinen Deal“, in: Focus 32/16, S.26.

¹³⁴ ebda.

Flüchtlingsabkommen mit der Türkei deutlich, indem die Abmachung mit der Türkei insgesamt als Lösung zweiter Wahl dargestellt wird.

In der gegenwärtigen Betrachtung ist überdies auch die Wirksamkeit des Abkommens strittig. Teilweise wird die Schließung der sogenannten Balkanroute als Hauptgrund für den Rückgang der Flüchtlingszahlen angeführt¹³⁵. Auch ein Bericht von Frontex legt diesen Schluss nahe.¹³⁶ Hiergegen wenden sich vor allem diejenigen politischen Akteure, die die Notwendigkeit eines Abkommens mit der Türkei bereits vor dem Putsch betont haben.¹³⁷ Eine Beantwortung dieser Streitfrage ist freilich rein hypothetisch. Es kann vertreten werden, dass das Zusammenwirken beider Maßnahmen die gegenwärtig verringerten Flüchtlingszahlen in die EU bewirken.

Die Reaktion der türkischen Regierung auf den Putschversuch hat indes neue Bewegung in die Debatte gebracht. Es wird kritisch hinterfragt, ob Europa unter diesen Auspizien am Flüchtlingsabkommen mit der Türkei festhalten kann. Der Meinungsstand Ende August 2016 kann plakativ so zusammengefasst werden, dass die Opposition im Deutschen Bundestag dies negativ beurteilt, die Kanzlerin dies wohl noch für vertretbar hält, es aber auch innerhalb der Regierungsparteien Zweifel gibt.¹³⁸ Ein Aufkündigen des Abkommens seitens der Türkei scheint dazumal nach den Aussagen von Außenminister Mevlut Cavusoglu nicht ausgeschlossen. So forderte dieser volle Visafreiheit für alle Türken bis „Anfang oder Mitte Oktober“¹³⁹, jedenfalls aber ein „festes Datum“¹⁴⁰ wann dies realisiert wird. Eine Erteilung der vollen Visafreiheit ist freilich bei Beachtung des Standes der Debatte um den Zustand der Türkei, auch und vor allem nach dem Putschversuch und den folgenden Repressalien, in der westlichen Öffentlichkeit

¹³⁵ Vgl. Alexander, Robin/ Bewarder, Manuel: Im Zahlenstreit mit Merkel liegt Seehofer vorne, in: Welt online, 12. Juni 2016, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156149777/Im-Zahlenstreit-mit-Merkel-liegt-Seehofer-vorne.html>, abgerufen am 28.09.2016.

¹³⁶ Bewarder, Manuel/ Alexander, Robin: Blockade der Balkanroute war wichtiger als der Türkei-Deal, in: Welt online, 13. Juni 2016, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156145936/Blockade-der-Balkanroute-war-wirksamer-als-der-Tuerkei-Deal.html>, abgerufen am 28.09. 2016.

¹³⁷ Vgl. Interview mit Armin Laschet „Wir lassen uns nicht erpressen“, in: Focus 32/16, S.31.

¹³⁸ Vgl. Lehmann, Anna/ Maier, Anja/ Schulze, Tobias: Der vertrackte Pakt, in: taz am Wochenende, 23./24. Juli 2016, S.3.

¹³⁹ Interview mit Außenminister Mevlüt Cavusoglu „Wir erwarten ein festes Datum für die Visumfreiheit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01. August 2016, S.2.

¹⁴⁰ Ebda.

ganz überwiegend als „Demontage demokratischer Grundwerte“¹⁴¹ bewertet, nicht zu erwarten¹⁴², da vonseiten der EU eingewandt werden kann, die Türkei sei nicht „all the necessary steps to fulfil the remaining requirements“¹⁴³ gegangen.

Wesentlich für die Beantwortung der Fragestellung der vorliegenden Arbeit ist freilich die Analyse der beiderseitigen Interessen, beziehungsweise den Risiken, die beide Parteien bei einem etwaigen Scheitern des Abkommens als Folge des Putschversuches vom 15. Juli ausmachen könnten. Obwohl die Wirksamkeit des Abkommens mit der Türkei hinsichtlich der sinkenden Flüchtlingszahlen umstritten ist, kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden, dass ein Scheitern den Druck auf die Außengrenzen der EU erneut erhöhen würde.¹⁴⁴ Hieraus könnten sich weitere Folgewirkungen ableiten: Beobachter befürchten für diesen Fall eine humanitäre Katastrophe¹⁴⁵, etwa dergestalt, dass die griechischen Inseln, an denen die Flüchtlinge anlanden, völlig überfordert wären und erneut tausende in der Agäis ertrinken würden. Eine solche Zuspitzung der Situation hätte mithin auch politische Auswirkungen auf die europäische Politik beziehungsweise die politischen Kräfte, die prominente Verfechter des Abkommens mit der Türkei waren. Hier ist etwa Angela Merkel, die in der öffentlichen Debatte als „politische Wegbereiterin“¹⁴⁶ der Vereinbarung wahrgenommen wurde und die die Türkei als „Schlüsselland“¹⁴⁷ zur Lösung der Frage bezeichnet hat, zu nennen. Erneut erhöhter Druck an den EU-Außengrenzen würde also gleichsam zu gesteigertem Druck auf die politischen Akteure führen und könnte deren Problemlösungskompetenz jedenfalls in Frage stellen. Die bereits jetzt bestehenden Zentrifugalkräfte, die gegenwärtig in der EU deutlich wahrnehmbar sind¹⁴⁸, könnten einen zusätzlichen Schub erfahren. Gleichwohl sind auch Stimmen zu verzeichnen, die nun den Abbruch des

¹⁴¹ Siems, Dorothea: Die Türkei hat mehr zu verlieren als die EU, in: Welt online, 16. August 2016, in: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article157440462/Die-Tuerkei-hat-mehr-zu-verlieren-als-die-EU.html>, abgerufen am 28.09.2016.

¹⁴² Vgl. ebda.

¹⁴³ So. Fn. 127.

¹⁴⁴ Vgl. van Ackeren, Margarete u.a., a.a.O., S.25.

¹⁴⁵ Vgl. ebda., S. 26.

¹⁴⁶ Ebda.

¹⁴⁷ Ebda.

¹⁴⁸ Etwa der „Brexit“, dem Erstarren populistischer Parteien etc.

Abkommens aufgrund der Repressalien infolge des Putsches fordern.¹⁴⁹ Insgesamt ist jedoch zu erkennen, dass die in Europa bestimmenden politischen Kräfte, etwa die Europäische Kommission, am Pakt mit der Türkei festhalten will¹⁵⁰, ein Scheitern erscheint jedenfalls nicht gewollt und aus Sicht der EU zu risikoreich.

Nachdem also das europäische Interesse an einer Umsetzung des Flüchtlingspaktes dargelegt wurde, ist ein entsprechendes Interesse auf türkischer Seite zu hinterfragen. So wird vom luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn etwa ein wirtschaftliches Argument, namentlich die versprochenen sechs Milliarden Euro zur Unterstützung der Flüchtlingslager, angeführt.¹⁵¹ Die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen belaufen sich für die Türkei nach eigenen Angaben auf acht Milliarden Euro.¹⁵² Hier ist jedoch zu beachten, dass das Geld, jedenfalls nach dem Bestimmungszweck des Abkommens¹⁵³, nicht dem türkischen Staate direkt, sondern humanitären Organisationen zukommen soll. Freilich kann dies aber auch zu einer indirekten Entlastung des türkischen Haushaltes führen, dem infolge des Putsches schwere Zeiten bevorstehen; die türkische Regierung rechnet insofern mit einem wirtschaftlichem Schaden von 90 Milliarden Euro unmittelbar verursacht durch den Putsch¹⁵⁴. Über diese rein wirtschaftlichen Erwägungen hinausgehend wird in die Debatte eingeführt, die Türkei habe unter anderem wegen der in Aussicht gestellten Visaliberalisierung eine Eigeninteresse am Fortbestehen des Abkommens. Diese sei zum einen ein wichtiges Signal an in der EU lebende Türken sowie darüber hinaus wichtig für das nationale Selbstbewusstsein, dergestalt, dass die Rolle als „Schlüsselland“ und wichtiger regionaler Faktor

¹⁴⁹ Vgl. etwa die Forderung der Partei Die Linke hierzu: Lehmann, Anna/ Maier, Anja/ Schulze, Tobias, a.a.O.

¹⁵⁰ Vgl. Brössler, Daniel: EU will weiter mit Türkei über Beitritt verhandeln, in: Süddeutsche Zeitung online, 26. Juli 2016, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-weiter-mit-tuerkei-verhandeln-1.3094324>, abgerufen am 28.09.2016.

¹⁵¹ Vgl. Knaup, Horand, u.a., a.a.O., S.26f.

¹⁵² Vgl. Seufert, Günter: Die Türkei als Partner, a.a.O., S.2f.

¹⁵³ Vgl. das Abkommen der EU mit der Türkei, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-963_de.htm, abgerufen am 28.09.2016.

¹⁵⁴ Vgl. ohne Autorenangabe: Putschversuch kostet rund 90 Milliarden Euro, in: FAZ online, 02. August 2016, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/putschversuch-kostet-der-tuerkei-rund-90-milliarden-euro-14368656.html>, abgerufen am 28.09.2016.

unterstrichen würde.¹⁵⁵ In der medialen Betrachtung spielt zudem ein weiteres machtpolitisches Argument eine Rolle, namentlich die Frage ob Erdogan überhaupt ein Interesse daran hat die „freie Fahrt für Flüchtlinge in der Ägäis“¹⁵⁶ zu ermöglichen oder er vielmehr auch die Geflüchteten in der Türkei lassen will. Bisher wurden etwa syrische Flüchtlinge häufig wie Gäste behandelt, die bald wieder in ihre Heimat zurückkehren¹⁵⁷. Gleichwohl könnte Erdogan ein Interesse an Einbürgerung vieler sunnitischen Syrer haben, da er diese als anschlussfähig an die Politik seiner islamisch-konservativen AKP betrachten und sich so letztlich die Erweiterung seiner Machtbasis versprechen könnte.¹⁵⁸ Aus außenpolitischer Sicht besteht ferner in der wissenschaftlichen Debatte zum Teil der Verdacht, die Türkei wolle die aufgenommenen Flüchtlinge politisch instrumentalisieren. Die Unterstützung der sunnitischen Opposition und die Aufnahme der mehrheitlich sunnitischen syrischen Flüchtlinge wird insofern in einem Zusammenhang gesehen, als das so die Türkei nach dem Krieg in Syrien die bestimmende Macht werden könne.¹⁵⁹

Die genaue Interessen- und Risikoverteilung ist in Politik und öffentlicher Debatte umstritten. Während einige davon ausgehen es bestehe keine Abhängigkeit der EU von der Türkei¹⁶⁰ und konstatieren die Türkei habe mehr zu verlieren als die EU¹⁶¹, sprechen andere Beobachter in diesem Zusammenhang von einem „Pokerspiel“¹⁶², bei dem sich die EU auf den „Ernstfall“¹⁶³, mitsamt etwa überfüllten Lagern in Griechenland, einstellen müsste. Teilweise wird argumentiert, die Türkei säße „am längeren Hebel“¹⁶⁴. Es wird resümiert: „Nach dem Putschversuch könnte die Fluchtkrise nach Europa zurückkommen.“¹⁶⁵

¹⁵⁵ Vgl. van Ackeren u.a., a.a.O., S.26.

¹⁵⁶ Lehmann, Anna/ Maier, Anja/ Schulze, Tobias, a.a.O.

¹⁵⁷ Vgl. Seufert, Günter: Die Türkei als Partner a.a.O., S.5.

¹⁵⁸ Vgl. In Erdogans Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2016, S.10.

¹⁵⁹ Vgl. Seufert, Günter: Die Türkei als Partner, a.a.O., S.5f.

¹⁶⁰ Vgl. Brok, Elmar, a.a.O.

¹⁶¹ Vgl. Siems, Dorothea, a.a.O.

¹⁶² Lehmann, Anna/ Maier, Anja/ Schulze, Tobias, a.a.O.

¹⁶³ Ebda.

¹⁶⁴ Seufert, Günter: Flüchtlingskrise: Für eine rationale Gestaltung der Beziehungen zur Türkei, 09. März 2016, in: <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/fluechtlingskrise-fuer-eine-rationale-gestaltung-der-beziehungen-zur-tuerkei.html>, abgerufen am 28.09.2016.

¹⁶⁵ Lehmann, Anna/ Maier, Anja/ Schulze, Tobias, a.a.O.

Gleichwohl wird auch vertreten, die Türkei wolle über das Flüchtlingsabkommen einen Neuanfang mit der Europäischen Union suchen.¹⁶⁶

5. Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit macht deutlich, dass sich sowohl das politische System der Türkei als auch die Beziehungen der Türkei zur EU in einem dynamischen Prozess befinden, bei dem noch vieles im Fluss ist. Bei Lichte betrachtet kann davon ausgegangen werden, dass eben jener Wandlungsprozess im politischen System der Türkei das Verhältnis zur EU unmittelbar beeinflusst, das eine das andere mithin bedingt. Dies wird etwa deutlich an der strikten Reaktion vonseiten der EU auf eine mögliche Einführung der Todesstrafe in der Türkei. Fraglich ist nun, wie die Fragestellung der Arbeit, ob namentlich trotz bereits vor dem Putschversuch bestehender und hernach noch verfestigter autoritärer Tendenzen in der Türkei, ein Abbruch der Beziehungen zur EU nicht absehbar ist. Es sind hier also zwei Komponenten zu betrachten: Zum einen der Zustand des politischen Systems der Türkei und zum anderen wie sich dies im Hinblick auf die EU auswirkt.

Hinsichtlich des politischen Systems ist erkennbar, dass die Einschränkung von Freiheitsrechten und die Konzentration der Macht auf die AKP und hier besonders auf die Person Erdogan nicht erst in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 erfolgte. Bei Betrachtung der Abfolge der konkreten Maßnahmen der AKP nach einer ersten Reformphase zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ist eine solche Tendenz schon weit vor dem Sommer 2016 zu sehen gewesen. Bereits zuvor wurden etwa Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt.¹⁶⁷ Insoweit weisen die Maßnahmen nach dem Putsch also eine Kontinuität zu dem vorherigen Handeln auf. Gleichsam kann der Putschversuch als Kristallisationspunkt hinsichtlich der Verschärfung der Intensität und der Geschwindigkeit der Änderung des politischen Systems angesehen werden. Eine verbreitete Ansicht geht diesbezüglich davon aus, Erdogan nehme den Putsch

¹⁶⁶ Vgl. Seufert, Günter: Die Türkei als Partner, a.a.O., S.8.

¹⁶⁷ So unter 3. „System Erdogan?“

als Vorwand, um das politische System nunmehr endgültig in seinem Sinne zu ändern.¹⁶⁸

Auch bezüglich des Verhältnisses zur EU sind Entfremdungen nicht neu, sie verstetigten sich, je nach Lesart, Mitte oder Ende der 2000er Jahre und stellten bereits weit vor dem Putschversuch 2016 ein Hemmnis hinsichtlich der EU-Beitrittsgespräche dar.¹⁶⁹ Aufgrund der Reaktionen zahlreicher europäischer und nationaler Politiker¹⁷⁰ ist ein Beitritt auf absehbare Zeit nicht realistisch. Gleichwohl deuten Zeichen der Entspannung und Annäherung, wie etwa auf dem EU-Außenministertreffen in Bratislava vom 02. und 03. September, an dem auch der türkische Ömer Celik teilnahm, darauf hin, dass ein grundsätzliches Interesse am Aufrechterhalten des Gesprächsfadens auf beiden Seiten besteht.¹⁷¹ Auch von wissenschaftlicher Warte wird dieser Ausblick geteilt, hiernach werde die EU die Verhandlungen trotz der Reaktion auf den Putschversuch nicht abbrechen, da diese noch als Trumpf der EU identifiziert werden.¹⁷² Dies gilt analog auch für das zweite zentrale Thema der europäisch-türkischen Beziehungen, namentlich das Flüchtlingsabkommen. Insgesamt wurde im Zuge der Arbeit deutlich, dass beide Seiten Interesse am Fortbestand des Abkommens haben, oder sie zumindest ein zu hohes Risiko bei einem Scheitern identifiziert haben. Die Kernthese der Arbeit, sowohl hinsichtlich der bereits vor dem Putschversuch festgestellten autoritären Tendenzen in der Türkei, als auch des Fortbestehens der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei, ist somit zu verifizieren.

¹⁶⁸ Vgl. Popp, Maximilian, a.a.O., S.87.

¹⁶⁹ So unter Punkt 4.2.

¹⁷⁰ Vgl. Fn. 119.

¹⁷¹ Vgl. EU will Spannungen mit Ankara nach Putsch überwinden, in: Deutsche Welle online, in: <http://www.dw.com/de/eu-will-spannungen-mit-ankara-nach-putsch-%C3%BCberwinden/a-19524474>, abgerufen am 28.09.2016.

¹⁷² Vgl. statt vieler Interview mit Roy Karadag: Die Türkei ist eine Mehrheitstyannei, 19. Juli 2016, in: <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/interview/die-tuerkei-ist-eine-mehrheitstyannei/> abgerufen am 28.09.2016.

Literaturverzeichnis

Quellen:

Asselborn, Jean in: ZDF Morgenmagazin, in: <http://www.heute.de/nach-putschversuch-in-tuerkei-regierung-will-rache-44436588.html>.

Auswärtiges Amt - Reise- und Sicherheitshinweise - Türkei, in: <https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/TuerkeiSicherheit.html>.

Bulut, Yigit (Berater Erdogans) im Interview mit der türkischen Zeitung „Star“, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/debatte-ueber-eu-beitritt-erdogan-berater-wir-brauchen-europa-nicht-mehr-12887520.html>.

Cavusoglu, Mevlüt (Außenminister der Türkei) im Interview „Wir erwarten ein festes Datum für die Visumfreiheit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01. August 2016, S.2.

Flüchtlingsabkommen EU – Türkei, in: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-963_de.htm.

Kern, Christian (Bundeskanzler Österreich) im Interview mit ZIB 2 vom 04. August 2016, in: <https://www.youtube.com/watch?v=MEyPyTE8Kmk>.

Kurz, Sebastian (Außenminister Österreich) im Interview „Wir brauchen keinen Deal“, in: Focus 32/16, S.26.

Laschet, Armin (Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der CDU-NRW) im Interview „Wir lassen uns nicht erpressen“, in: Focus 32/16, S.28-31.

Gabriel, Sigmar in: ARD Sommerinterview vom 07 August 2016, in: https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab-3717~_bab-sendung-309.htm.

UNHCR Bericht in: <http://www.unhcr.org/5683d0b56.html>.

Literatur:

Ackeren van, Margarete u.a.: Was passiert, wenn der Flüchtlingsdeal platzt?, in: Focus, 32/2016, S.22-26.

Akyol, Cigdem: Generation Erdogan. Die Türkei- Ein zerrissenes Land im 21. Jahrhundert, Wien 2015.

Alexander, Robin/ Bewarder, Manuel: Im Zahlenstreit mit Merkel liegt Seehofer vorne, in: Welt online, 12. Juni 2016, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156149777/Im-Zahlenstreit-mit-Merkel-liegt-Seehofer-vorne.html>.

Alpay, Sahin: Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S. 9-14.

Aydin, Yasar: Die Türkei vor einer Richtungsentscheidung. Orientiert sich Ankara erneut nach Europa und dem Westen?, in: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/221595/die-tuerkei-vor-einer-richtungsentscheidung>, 22. Februar 2016.

Aydin, Yasar: Protest und Opposition in der Türkei- Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, in: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei>, 18. Juni 2013.

Bewarder, Manuel/ Alexander, Robin: Blockade der Balkanroute war wichtiger als der Türkei-Deal, in Welt online, 13. Juni 2016, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156145936/Blockade-der-Balkanroute-war-wirksamer-als-der-Tuerkei-Deal.html>.

Böttger, Katrin: Erweiterung, in: Weidenfeld, Werner/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z, Lizenzausgabe für die politische Bildung, Bonn 2014, S.164-174.

Brock, Elmar: Die EU ist nicht abhängig von der Türkei, in: FAZ online, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/fluechtlingsdeal-mit-der-tuerkei-die-eu-ist-nicht-abhaengig-von-der-tuerkei-14367312.html>, 02. August 2016.

Brössler, Daniel: EU will weiter mit Türkei über Beitritt verhandeln, in: Süddeutsche Zeitung online, 26. Juli 2016, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-weiter-mit-tuerkei-verhandeln-1.3094324>.

Copur, Burak: Auf dem Weg zum failed state, in: Zeit online, 03. November 2015, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-failed-state>, S.1-4.

Copur, Burak: Die Türkei im Nahen Osten- vom Rising Star zum Troublemaker, in: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/221617/die-tuerkei-im-nahen-osten-vom-rising-star-zum-troublemaker>, 22. Februar 2016.

Copur, Burak: Erdogans Umbaupläne, in: Zeit online, in: <http://pdf.zeit.de/politik/ausland/2014-08/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-zukunft.pdf>, S.1-3-

Dietert, Amke: Die Beitrittsdebatte in der Türkei, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): in: Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S. 464-475.

Ermagan, Ismail: EU-Skeptizismus in der türkischen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S.15-20.

Fischer, Sebastian/ Kazim, Hasnain: Hilfst du mir, so helf ich dir, 18. Oktober 2015, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-merkel-reist-in-tuerkei-zu-erdogan-davutoglu-a-1058387.html>.

Gündüz, Zuhul Yesilyurt: Der Einfluss der Europäischen Union auf die Demokratisierung in der Türkei, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_5398-544-1-30.pdf?041011144021, S. 43-62.

Henrich, Christian Johannes: Das politische System der Türkei, 11. August 2014, <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184968/das-politische-system-der-tuerkei>.

Henrich, Christian Johannes: Die türkische Außenpolitik, 11. Juli 2015, <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/208099/aussenpolitik>.

Hermann, Rainer: Das Drama einer Nacht. Der Putschversuch in der Türkei war lange vorbereitet: Warum er trotzdem gescheitert ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. August 2016, S.10.

Hirschmann, Kai: Wie Staaten schwach werden. Fragilität von Staaten als internationale Herausforderung, Bonn 2016.

Jung, Dietrich: Das politische Leben: Institutionen, Organisationen und politische Kultur, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S. 86-120.

Karadag, Roy: Die Türkei ist eine Mehrheitstyannei, 19. Juli 2016, in: <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/interview/die-tuerkei-ist-eine-mehrheitstyannei>.

Klingst, Martin/Lau, Jörg/Ulrich, Bernd: Erdogan, der Retter?, in: Die Zeit, 11. August 2016, S.3.

Knap, Horand u.a.: Zeichen der Schwäche, in: Der Spiegel 32/ 06. August 2016, S.26-27.

Kramer, Heinz: Die politische Praxis: Institutionen und Verfahren, in: Informationen zur politischen Bildung Türkei, Nr. 313/2011, S.26-39.

Kramer, Heinz: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, in: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/S34_03_gesch_tzt.pdf, in: SWP-Studie, August 2003. S.1-34.

Kramer, Heinz: Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen, in: Informationen zur politischen Bildung Türkei, Nr.313/2011, S. 11-25.

Kramer, Heinz: Zwischen Tradition und Neuorientierung: die Außenpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr.313/2011, S. 51-61.

Krüger, Karen/ Esser, Anna: Bosphorus reloaded. Die Türkei im Umbruch, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2016.

Lehmann, Anna/ Maier, Anja/ Schulze, Tobias: Der vertrackte Pakt, in: taz am Wochenende, 23./24. Juli 2016, S.3.

Martens, Michael: Endlich kommt mal einer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04. August 2016, S.2.

Mudhoon, Loay: Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S.27-32.

Münkler, Herfried: Die Türkei und Europa. Eine geopolitische Herausforderung, in: König, Helmut/ Sicking, Manfred (Hrsg.): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005, S.81-101.

Ohne Autorengabe: AKP holt sich absolute Mehrheit zurück, 01. November 2015, in: <https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-wahl-133.html>. Ohne Autorengabe: Putschversuch kostet rund 90 Milliarden Euro, in: FAZ online, 02. August 2016, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/putschversuch-kostet-der-tuerkei-rund-90-milliarden-euro-14368656.html>.

Ohne Autorengabe: EU will Spannungen mit Ankara nach Putsch überwinden, in: Deutsche Welle online, in: <http://www.dw.com/de/eu-will-spannungen-mit-ankara-nach-putsch-%C3%BCberwinden/a-19524474>.

Ohne Autorengabe: In Erdogans Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2016, S.10.

Ohne Autorengabe: Regierungspartei AKP gewinnt absolute Mehrheit zurück, in: Zeit online, 1. November 2015, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/tuerkei-wahl-akp-recep-tayyip-erdogan-tendenz>.

Ohne Autorengabe: Türkische Autoren leben in einem „Klima der Angst“, in: http://www.deutschlandradiokultur.de/das-system-erdogan-tuerkische-autoren-leben-in-einem-klima.1270.de.html?dram:article_id=356792, 10. Juni 2016.

Popp, Maximilian: Besuch im Morgengrauen, in: Der Spiegel Nr. 32, 06. August 2016, S. 86-87.

Roßmann, Robert/ Szymanski, Mike: Lammert nennt türkischen Präsident Erdogan „autokratisch“, in: Süddeutsche Zeitung, 19. Mai 2016, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-staatsoberhaupt-lammert-nennt-tuerkischen-praesidenten-erdoan-autokratisch-1.2997931>.

Rühl, Lothar: Das Ende des Kalten Krieges, in: Meier-Walser, Reinhard/ Wolf, Alexander (Hrsg.): Neue Dimensionen Internationaler Sicherheitspolitik, München 2011, S.21-34.

Rumpf, Christian: Verfassung und Recht, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S.121-150.

Schönbohm, Wulf Eberhard: Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamistisch oder islamisch-demokratisch?, 19. Februar 2003, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.1497/>.

Seeling, Luisa: Die türkische AKP, in: Internationale Politik-IP, November/Dezember 2011, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/november-dezember/die-t%C3%BCrkische-akp>.

Sen, Faruk: Recep Tayyip Erdogan: Der Islamist als Modernisierer, in: Welt online, 19. November 2011, in: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article6068757/Recep-Tayyip-Erdogan-Der-Islamist-als-Modernisierer.html>.

Seufert, Günter, Die Gülen-Bewegung in der Türkei und Deutschland, in: <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184979/guelen-bewegung>, 01. September 2014.

Seufert, Günter: Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise. Ankaras Probleme und Interessen, in: SWP-Aktuell 98/Dezember 2015, Berlin 2015, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A98_srt.pdf, S.1-8.

Seufert, Günter: Erdogans „Neue Türkei“. Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie, in: SWP-Aktuell 60/Okttober 2014, Berlin 2014, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A60_srt.pdf.

Seufert, Günter: Flüchtlingskrise: Für eine rationale Gestaltung der Beziehungen zur Türkei, 09. März 2016, in: <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/fluechtlingskrise-fuer-eine-rationale-gestaltung-der-beziehungen-zur-tuerkei.html>.

Seufert Günter: Im Spannungsfeld von Laizismus und Islamismus, in: Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S.207-228.

Siems, Dorothea: Die Türkei hat mehr zu verlieren als die EU, in: Welt online, 16. August 2016, in: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article157440462/Die-Tuerkei-hat-mehr-zu-verlieren-als-die-EU.html>.

Soyler, Mehtap: Der demokratische Reformprozess in der Türkei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2009), 39-40, S.3-8.

Steinbach, Udo (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012.

Steinbach, Udo: Vom Osmanischen Reich zum EU-Kandidaten: ein historischer Bogen, in: ders. (Hrsg.): Länderbericht Türkei, Bonn 2012, S.14-83.

Straßner, Alexander, Militärdiktaturen im 20. Jahrhundert: Motivation, Herrschaftstechnik und Modernisierung im Vergleich, Wiesbaden 2013.

Tokatli, Mahir: Präsidentschaftswahlkampf 2014 in der Türkei: Mehr Kampf als Wahl, 06.August 2014, http://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2014/08/060814regierungsforschung.de_tokatli_präsidentenschaf_tswahlkampf_türkei_2014.pdf, S.1-6.

Tokatli, Mahir: Schmutziges Geschäft. Die Türkei als europäischer Türsteher. Das verletzt unsere Werte, <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/schmutziges-geschaeft-1226/>.

Uslucan, Haci-Halil: Gehorsam aus Angst, in: Zeit online, in: <http://pdf.zeit.de/politik/ausland/2016-07/versuchter-putsch-tuerkei-erdogan-saeuberung-autokratie.pdf>, S.1-5.

Weise, Zia: Erdogans ziviler Putsch, in: Zeit online, 20. Juli 2016, in: <http://pdf.zeit.de/politik/ausland/2016-07/tuerkei-militaerputsch-erdogan-demokratie.pdf>, S.1-2.